

Durch diese hohle Gasse geht es in einen neuen Stadtteil

04. Mai 2016 00:35 Uhr

Stadtplanung

Durch diese hohle Gasse geht es in einen neuen Stadtteil

Die enge Bahnunterführung am Günzburger Auweg soll saniert werden. Warum das Projekt Auswirkungen auf ein ganzes Baugebiet haben soll – und wieso der Stadtrat sich dennoch für die kleinere Variante entschieden hat



Die Bahnunterführung am Günzburger Auweg wurde 1897 gebaut. Jetzt steht eine Sanierung an.
Foto: Erich Herrmann

Hier musste fast jeder schon mal durch – als Pendler, der sein Auto auf dem Großparkplatz abgestellt hat, um zum Zug zu kommen, oder als Besucher des Günzburger Volksfestes. 1897 wurde die Bahnunterführung am Auweg gebaut, entsprechend ihres hohen Alters von fast 120 Jahren ist der Zustand der Brücke. Bis spätestens 2021 will die Bahn das Bauwerk erneuern. An der Stadt Günzburg war es nun, darüber zu entscheiden, wie. Denn je nach Größe des Projekts müsste sich auch die Stadt finanziell an dem Vorhaben beteiligen. Und hinter der Bahnbrücke beginnt ein Gebiet, das in den kommenden Jahren besonders im Fokus der Stadt steht.

Zwei Ausbauvarianten gibt es: Entweder den bisherigen Querschnitt beibehalten, bei dem die Unterführung nur einspurig befahrbar ist – oder das Ganze auf 8,50 Meter verbreitern, sodass künftig zwei Autos nebeneinander hindurch passen. Der Haken bei der Sache: Eine Verbesserung der Unterführung im Bestandsquerschnitt von fünf Metern würde die Stadt wohl nichts kosten. Bei einer Verbreiterung auf 8,50 Meter mit geschätzten Gesamtkosten von 10,2 Millionen Euro wäre die Stadt mit 6,12 Millionen Euro dabei, etwa die Hälfte davon könnte durch eine Förderung wieder zurück in die Stadtkasse kommen. Eine teure Angelegenheit also, die der Stadtratsmehrheit (16 zu sieben Stimmen) zu teuer war.

Denn die Stadt hat große Pläne mit dem Gebiet zwischen Bahnstrecke und Donau. Auf seiner Klausurtagung Anfang des Jahres hat der Günzburger Stadtrat beschlossen, das Gebiet, zu dem auch der Volksfestplatz, die Albertus-Magnus-Werkstätten, private Eigentümer und Firmengelände

gehören, städtebaulich neu zu ordnen. Langfristig soll dort die Wohn- und Mischnutzung verstärkt werden, die Stadträte erhoffen sich vor allem Raum für Wohnungsbau. Aus diesem Grund wollten sich auch nicht alle Ratsmitglieder mit der bestehenden Durchfahrtsbreite begnügen. Manfred Proksch (FWG): „Das ist eine Möglichkeit, die in 100 Jahren nicht wieder kommt. Eine einspurige Lösung wird die Entwicklung des Gebiets am Auweg mehr bremsen als fördern.“ Auch die UWB-Fraktion schloss sich an. Hans Kaltenecker: „Zu einem Wohngebiet gehört eine gute und komfortable Zufahrt. Wir sollten die Gelegenheit nutzen, durch einen bezuschussten Neubau die Weichen zu stellen.“

Um die Entwicklung des Gebietes zu fördern, hat der Stadtrat im Anschluss über eine Vorkaufsrechtssatzung für das Gebiet abgestimmt. CSU-Stadtrat Thomas Ermer erklärte, warum diese notwendig ist. „Das hat man meines Wissens in [Günzburg](#) noch nie gemacht, aber wir hatten auch noch nie ein Areal, das wir so evolutionär weiterentwickeln wollen.“ Das Vorkaufsrecht sichert der Stadt die Möglichkeit, bei Verkäufen in dem Gebiet selbst in den Kaufvertrag eintreten zu können – wenn das geplante Vorhaben nicht in das neue Konzept passt, die Stadt das nötige Geld hat und der Kauf aus Gründen des Allgemeinwohls notwendig ist. Sobald ein gültiger Bebauungsplan für das Areal aufgestellt ist, braucht die Stadt das Vorkaufsrecht nicht mehr – dann regelt der Plan, was hier gebaut werden darf und was nicht. „Es ist ein Zeichen von uns, dass wir es ernst meinen – nicht als Drohung, sondern als Versprechen für die Grundstückseigentümer“, so Ermer. Oberbürgermeister Gerhard Jauernig bestätigte: „Wir ziehen damit eine Karte, die wir legen können – oder auch nicht.“ Auch hier wollte sich die UWB-Fraktion nicht anschließen. Ferdinand Munk zog den Vergleich zu anderen Baugebieten: „Bei einer Erschließung auf der Grünen Wiese, da müssen die Grundstücke in städtischer Hand sein. Aber hier sind lauter Grundstücksbesitzer, die man kennt, mit denen man reden kann. Gespräche sind besser als ein Vorkaufsrecht.“

Die übrigen Günzburger Stadtratsmitglieder folgten jedoch dem Vorschlag – mit 19 zu vier Stimmen wurde das Vorkaufsrecht beschlossen. (rjk)